

Schweden

Markus Johansson / Daniel Naurin¹

Wie in den meisten EU-Mitgliedstaaten wurde auch die schwedische Europapolitik von der Eurokrise und der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung in Europa dominiert. Dabei ist die gute wirtschaftliche Lage in Schweden weiterhin stabil und konnte positive Wachstumsraten vorzeigen, wenn auch mit leicht steigenden Arbeitslosenzahlen.² Das Interesse der Medien galt erneut vor allem den Entwicklungen in den Krisenländern, besonders in Zypern und in Italien. Außerdem sorgte die Verleihung des Friedensnobelpreises durch das norwegische Nobelpreiskomitee an die Europäische Union für Schlagzeilen, was mit Stolz, aber auch mit Kritik angesichts eines als unglücklich wahrgenommenen Zeitpunkts kommentiert wurde.

Die Krise hat auch in Schweden zu einer lebhaften Debatte über die Zukunft der Europäischen Union geführt. Aufgrund von immer mehr krisengeschüttelten Mitgliedstaaten wurde von einigen die Frage aufgeworfen, ob der Euro die Krise überhaupt überleben wird. Diskutiert wurden die langfristigen Auswirkungen der verschiedenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise – von einer Vertiefung der wirtschaftlichen Integration bis hin zu differenzierten Formen der europäischen Integration. Eine der markantesten Entwicklungen war aus schwedischer Sicht das Versprechen des britischen Premierministers David Cameron, nach den nächsten Wahlen ein Referendum über die britische EU-Mitgliedschaft abzuhalten. Ein EU-Austritt Großbritanniens („Brexit“), allein schon die Neuverhandlungen der britischen EU-Mitgliedschaft dürften sehr wahrscheinlich nicht ohne Auswirkungen auf die EU als Ganzes bleiben – vor allem aber würde ein kleines, Großbritannien nahestehendes Mitgliedsland wie Schweden davon nicht unangiert bleiben, zumal es ebenfalls nicht der Eurozone angehört. Die Frage, ob Schweden einen ähnlich bremsenden Kurs in der Europapolitik wie das Vereinigte Königreich einschlagen oder sich integrationsfreundlicher zeigen sollte, bildete den entscheidenden Streitpunkt der schwedischen Europapolitik.

Die Vorbereitungen des Superwahljahrs 2014

Im Jahr 2014 stehen Ende Mai die Wahlen zum Europäischen Parlament an, gefolgt von den Parlamentswahlen in Schweden, die am 14. September 2014 stattfinden sollen. Nie zuvor lagen die beiden Wahlen, die alle vier Ebenen des politischen Systems umfassen, zeitlich so eng beieinander. 2014 gilt somit in Schweden als „Superwahljahr“. Obwohl der Wahlkampf noch nicht begonnen hat, wird bereits über den Einfluss auf die politischen Parteien und über die Wahlbeteiligung spekuliert.

Die Wahlen zum Europäischen Parlament 2014 können als so etwas wie ein Aufwärmprogramm für die schwedischen Parlamentswahlen im September angesehen werden. Noch ist offen, ob die Wahlkampagnen zu den beiden Wahlen getrennt voneinander stattfinden oder doch ineinander verschmelzen werden. Allerdings besteht die Gefahr, dass sich

1 Übersetzt aus dem Englischen.

2 Statistiska centralbyrån (SCB): Arbetskraftsundersökningarna (AKU) första kvartalet 2013: Ökad arbetslöshet bland heltidsstuderande, Pressemeldung vom 06.05.2013; Statistiska centralbyrån (SCB): Sverige ekonomi – statistiskt perspektiv, 1:a kvartalet 2013: svensk tillväxt stod pall, Pressemeldung vom 12.06.2013.

der Wahlkampf zu den Europawahlen noch stärker als bisher auf die nationale Politik anstatt auf EU-Themen konzentrieren wird. Zudem stellt sich die Frage, inwiefern sich die Wählergunst für die Parteien bei den Europawahlen auf die Kampagnen der darauffolgenden Parlamentswahlen auswirken wird – möglicherweise könnte das Ergebnis der Europawahlen einige Parteien begünstigen, während es anderen schadet. Dies dürfte vor allem bei denjenigen Parteien relevant sein, die für gewöhnlich besonders stark bzw. schwach bei den Europawahlen abschneiden. Die Intensivierung der Wahlkampagnen im Laufe des Jahres wird sich wohl auch auf die Wahlbeteiligung auswirken, was nicht zuletzt bei den Wahlen zum Europäischen Parlament bedeutsam sein könnte.³

Bei den schwedischen Parlamentswahlen stehen sich die Parteien in zwei großen Blöcken gegenüber. Die seit 2006 amtierende Minderheitskoalition aus vier Parteien der rechten Mitte wird gemeinsam den Wahlkampf bestreiten, mit dem erklärten Ziel, erneut die Regierung zustellen, wobei ihr eine gewisse Amtsmüdigkeit nachgesagt wird. Darüber hinaus besteht letzten Meinungsumfragen zufolge die Wahrscheinlichkeit, dass zwei der Parteien der Regierungskoalition, die Zentrumspartei und die Christdemokraten, die für den Einzug ins Parlament notwendige 4-Prozent-Hürde nur knapp erreichen bzw. diese sogar verfehlen werden. Entsprechend besteht innerhalb der Regierung eine gewisse Unsicherheit, ob sie überhaupt dazu in der Lage wäre, die Amtsgeschäfte zu führen. Im oppositionellen Lager konnte die Sozialdemokratische Partei ihren Führungsanspruch nach den Verlusten bei den Wahlen von 2010 wieder stabilisieren. Den Sozialdemokraten ist es gelungen, sich von ihrer Niederlage zu erholen, und die Partei kann wieder Zustimmungswerte von etwa 35 Prozent vorweisen.⁴ Sollten sich die Opposition oder Teile der Opposition wieder dazu entschließen, als gemeinsame Regierungsalternative anzutreten, so werden sich die Sozialdemokraten, die Grünen sowie die Linkspartei wohl nicht, wie 2010, zu einer gemeinsamen Wahlkampfplattform zusammenschließen. Wahrscheinlicher sind getrennte Wahlkampagnen mit dem erklärten Ziel, dass sich zumindest die Sozialdemokraten und die Grünen gemeinsam für eine Regierungsbildung entscheiden werden, vermutlich unterstützt von der Linkspartei.⁵ Mit ziemlicher Sicherheit wird keines der beiden politischen Lager die vierte Oppositionspartei, die Schwedendemokraten, bei dem Versuch einer Regierungsbildung einbeziehen.

Kritischere Töne in der schwedischen Europapolitik

Die schwedische Regierung predigte weiterhin den EU-Mitgliedstaaten, die in wirtschaftliche Schwierigkeiten geraten sind, Sparmaßnahmen und Strukturreformen, und unterstützt somit den deutschen Kurs. In letzter Zeit wurde dieser Kurs jedoch etwas gemäßigt und der schwedische Finanzminister Anders Borg, laut der Financial Times 2013 der zweitbeste EU-Finanzminister, hat damit begonnen, über ein Ende der Kürzungen bei den öffentlichen Ausgaben zu sprechen und stattdessen die Notwendigkeit wirtschaftlicher Anreize zu betonen.⁶ Auch äußerte sich die Regierung gegenüber einigen der Vorschläge zum Umgang mit der Wirtschaftskrise kritisch. So kritisierte der Finanzminister beispielsweise die Initiativen für eine Fiskalunion, einschließlich den Vorschlägen für Eurobonds, gemeinsame Steuern und einer Wirtschaftsregierung für die Eurozone.⁷ Schweden zeigte sich ebenfalls zögerlich angesichts der Pläne zur Schaffung einer Bankenunion und könnte möglicher-

3 Ekengren Oscarsson, Henrik: Europaparlamentsvalet 2014: Ett år kvar, 25.05.2013, <http://www.henrikoscarsson.com/2013/05/europaparlamentsvalet-2014-ett-ar-kvar.html>.

4 Statistiska centralbyrån (SCB): „Partisymptiundersökningen (PSU) maj 2013“.

5 Crofts, Maria: Därför talar Reinfeldt om rödgrönt block, Dagens Nyheter, 13.06.2013.

6 Siehe beispielsweise Lucas, Dan: Starka skäl för kvotering till styrelser, Dagens Nyheter, 24.06.2013.

7 Milne, Richard: Euro fiscal union 'undermines' EU, Financial Times, 19.02.2013.

weise einer der Mitgliedstaaten sein, die sich nicht daran beteiligen werden.⁸ Als Grund für diese kritische Haltung gilt die Angst, dass Schweden in der EU zunehmend ins Abseits gerät, da es am Euro nicht teilnimmt und somit auch an den Schritten zu einer Vertiefung der wirtschaftlichen Integration nicht vollständig partizipieren kann. Weitere gemeinsame Vorschriften für die Euro-Mitglieder würden zu einem Europa der verschiedenen Geschwindigkeiten führen und könnten das Risiko erhöhen, dass ein klarer definiertes Kern-Europa entsteht mit einer Peripherie weiterer EU-Mitgliedstaaten. In einem solchen Fall würde Schweden als Nicht-Eurozonen-Mitglied dem Kern Europas nicht angehören. Obwohl es bisher kaum Anzeichen gibt, dass sich die Nichtzugehörigkeit zur Eurozone negativ auswirken könnte, wurde argumentiert, dass die langfristigen Folgen einer solchen Entwicklung noch nicht absehbar seien, da sie die EU möglicherweise grundlegend ändern könnten.⁹ Es scheint die Sorge zu bestehen, dass diejenigen Mitgliedstaaten an den Rand gedrängt werden könnten, die sich weiterer Integrationschritte dauerhaft entziehen. Die Schweden reagierten darauf mit einem zögerlichen bis sogar ablehnenden Kurs, indem sie für weniger Integration eintraten anstatt neue Initiativen zu unterstützen.

Diese zunehmend kritischeren Töne der Regierung zeigten sich auch in ihren außenpolitischen Prioritäten. In seiner jährlichen Erklärung zur Außenpolitik im Februar 2013 ließ der schwedische Außenminister erstmals seit dem Amtsantritt der Mitte-Rechts-Regierung 2006 das Bestreben unerwähnt, zum Kern der EU zu gehören.¹⁰ Bisher hob sich die Regierung von den zuvor regierenden Sozialdemokraten dadurch ab, dass sie engere Beziehungen zur EU betonte und sich als aktives EU-Mitglied präsentierte. Selbst wenn es sich nur um Rhetorik handelt, so steht die Erklärung doch für einen Bruch mit der bisherigen integrationsfreundlichen Linie – was im Einklang mit der neuen und kritischeren Europapolitik der Regierung steht, die weiteren Integrationschritten skeptisch gegenüber steht.

Den wohl schärfsten Ton gegenüber der EU schlug der schwedische Handelsminister an, als er anlässlich einer von der EU-Kommission vorgeschlagenen neuen Tabakrichtlinie von einem Krieg sprach. Grund für diese drastische Wortwahl war die Absicht der schwedischen Regierung, das Verbot des Verkaufs von Snus auf dem EU-Markt aufzuheben, das allerdings von der EU-Richtlinie bekräftigt wurde. In Schweden hat Snus, ein feuchtes Tabakprodukt, das sich der Konsument unter die Oberlippe steckt, eine lange Tradition. Es wurde jedoch Anfang der 1990er Jahren auf dem EU-Markt verboten und bei der Aushandlung des schwedischen Beitrittsvertrags zur EU wurde eine Ausnahmeregelung für Snus vereinbart. In Schweden gilt Snus als Rauchersatz und als Grund dafür, dass relativ wenige Schweden zu Zigaretten greifen. Auch gilt Snus als weniger schädlich als das Rauchen. Die schwedische Regierung führte daher auch die Verbesserung der öffentlichen Gesundheit ins Feld, als sie für eine Aufhebung des EU-weiten Verbots warb. Bei den anderen Mitgliedstaaten fruchtete dieses Argument jedoch nur sehr begrenzt, sodass die Regierung, kaum dass der Snus-Krieg erklärt wurde, die Forderung nach einer Aufhebung des Verbots wieder fallen ließ. Stattdessen richtete sie ihre Politik auf das Recht der Schweden aus, auch künftig von der Snus-Ausnahmeregelung Gebrauch zu machen und frei über die Inhaltsstoffe ihres Tabakprodukts zu entscheiden. Die „Snus-Frage“ ist für die schwedische Regierung und für viele schwedische Snus-Konsumenten eine außerordentlich wichtige Angelegenheit, entsprechend sollte

8 Sweden joins UK outside Europe bank union, *Financial Times*, 11.12.2012.

9 Jerneck, Magnus: Sveriges inflytande i EU efter krisen, SIEPS 2013:10epa; Naurin, Daniel/Lindahl, Rutger: Out in the cold? Flexible integration and the political status of Euro opt-outs, *European Union politics*, 2010, 11:4.

10 Government Offices of Sweden: „Statement of Government policy in the Parliamentary Debate of Foreign Affairs“, Februar 2013, <http://www.government.se/sb/d/10275>.

der öffentliche Druck während der Verhandlungsführung der schwedischen Regierung bei der neuen Tabakrichtlinie nicht unterschätzt werden. Derzeit sieht es so aus, als ob die Regierung erfolgreich war und bei der Tabakrichtlinie im Ministerrat für die Inhaltsstoffe von Snus eine Ausnahmeregelung erzielt wurde. Nach der Ratsentscheidung erklärte die Regierung den Snus für gerettet und verbuchte die Angelegenheit als Sieg für sich.¹¹

Die EU und der Euro in der öffentlichen Meinung

In öffentlichen Meinungsumfragen zeichnet sich ebenfalls eine kritischere Haltung gegenüber der EU ab. In den letzten Jahren sprachen sich immer weniger der Befragten für eine EU-Mitgliedschaft aus, wobei in den Jahren 2010 bis 2012 sogar ein Rückgang bei den Zustimmungswerten von bis zu 11 Prozentpunkte zu beobachten war. Derzeit befürworten 42 Prozent der Schweden die EU-Mitgliedschaft, während sich 25 Prozent dagegen aussprechen. Allerdings ist der Anteil derjenigen, die eine EU-Mitgliedschaft ablehnen, nicht in dem Maße gestiegen, in dem der Anteil der Befürworter gesunken ist. Vielmehr hat der Anteil derjenigen zugenommen, die einer EU-Mitgliedschaft unschlüssig gegenüber stehen.¹²

Der Abwärtstrend in öffentlichen Meinungsumfragen bei den Zustimmungswerten für die EU ist jedoch weniger stark ausgeprägt, wie es möglicherweise angesichts der turbulenten Zeiten für die EU und die Wirtschafts- und Finanzkrise denkbar gewesen wäre. Vergleicht man den Rückgang mit den Umfrageergebnissen anderer EU-Mitgliedstaaten, so lässt sich feststellen, dass die Umfragewerte am stärksten in Mitgliedstaaten zurückgingen, die am härtesten von der Krise betroffen sind, und dass der Rückgang am geringsten in denjenigen Ländern ausfiel, die nicht der Eurozone angehören. Gehen die Befragten davon aus, dass sich die EU-Mitgliedschaft grundsätzlich positiv auf die wirtschaftliche Entwicklung auswirkt, steigt auch die Zustimmung zur EU. Werden die Folgen der EU-Mitgliedschaft negativ für die heimische Wirtschaft eingeschätzt, sinken die Zustimmungswerte entsprechend. Gleiches lässt sich auch für die Einschätzung der Folgen der EU-Mitgliedschaft auf die Beschäftigungszahlen feststellen, ebenso wichtig ist die Einschätzung der Einflussmöglichkeiten der Regierung innerhalb der EU. Diese drei Faktoren beeinflussen maßgeblich das Urteil der Befragten.

Auch die Befürwortung eines Euro-Beitritts Schwedens geht kontinuierlich zurück. Mit Zustimmungswerten von nur 9 Prozent ist ein Rekordtief erreicht, das sogar noch 3 Prozentpunkte geringer ausfällt als in den Jahren 2011 und 2012. Meinungsumfragen zufolge würden über 80 Prozent der Schweden bei einem Referendum über den Euro-Beitritt mit „Nein“ stimmen. Die Aussichten auf einen Beitritt Schwedens zum Euro können bestenfalls als düster gelten, insbesondere da sich die Parteien inzwischen weitgehend einig sind, dass für einen Beitritt ein Referendum unabdingbar ist. Die öffentliche Meinung über die EU verdüsterte sich drastisch während der Eurokrise, gleichzeitig ist es durchaus denkbar, dass mit einer Erholung der wirtschaftlichen Lage auch das Vertrauen in den Euro wieder wächst. Bis dahin könnten die Hürden für einen Beitritt allerdings durch die zur Bewältigung der Krise eingeleiteten Schritte zur Vertiefung der wirtschaftlichen Integration noch höher sein, vor allem für EU-Mitgliedstaaten wie Schweden, die einem solchen Schritt grundsätzlich zurückhaltend gegenüber stehen.

Weiterführende Literatur

Siehe die Veröffentlichungen des Swedish Institute for European Policy Studies unter www.sieps.se.

11 Rolander, Niclas: Sweden to EU: Hands Off Our Snus, Wall Street Journal, 13.06.2013; „Svensk seger i slaget om snuset“, Dagens Nyheter, 22.06.2013.

12 Hier und nachfolgend: Holmberg, Sören: Ett fall för EU, SIEPS 2013:8epa. Siehe auch Statistiska centralbyrån (SCB): „Partisympatiundersökningen (PSU) maj 2013“.